

Bericht über die Entwicklung in POLEN

M ä r z 1963

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
1) Der Machtkampf in der Partei geht weiter	1
2) Reisen des Ministerpräsidenten	6
3) "Freundschaftsbesuche" Polen-DDR	9
II. <u>Wirtschaft</u>	11
1) Handelsabkommen Bonn - Warschau	11
2) Höhere Preise - gleiche Löhne	13
3) Staatsfarmen - Musterfarmen	15

- - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

I. POLITISCHE EREIGNISSE

1) Der Machtkampf in der Partei geht weiter

Der Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ist es bis jetzt nicht gelungen, dem Kampf der einzelnen Fraktionen untereinander Einhalt zu gebieten. Von der breiten Öffentlichkeit des Landes meistens wenig bemerkt geht dieser, die Kräfte der Parteiorganisation auszehrende Streit mit unverminderter Heftigkeit weiter. Die treibende Kraft ist dabei die reaktionäre "Partisanengruppe".

Von einem führenden "Partisanen", gleichzeitig Chef der Sicherheitspolizei, General Mieczyslaw MOCZAR, sagt man, er sei ein Hitzkopf. Vielleicht ist darauf zurückzuführen, daß die "Partisanen" sich ursprünglich etwas zu viel vorgenommen hatten, als sie ihre Angriffe gegen zu viele Gegner gleichzeitig begannen. Auf der Liste der "Feinde" stehen Juden, Liberale, ehemalige Sozialdemokraten, Opportunisten und andere. Die Betroffenen sitzen in der Führung der Partei und der Regierung und sind keineswegs bereit, den Versuch, sie politisch zu entmachten, untätig zuzuschauen.

Im Spätsommer und Herbst des vergangenen Jahres erfolgte ein Gegenschlag der von den "Partisanen" am meisten bedrohten ZAMBROWSKI-Gruppe. Andere Parteifunktionäre, die ebenfalls auf der Abschußliste standen, unterstützten diesen Gegenangriff mehr oder weniger offen. Bald wurden die "Partisanen" in die Defensive verdrängt.

Die Gefahr eines Kampfes auf allzubreiter Front hatte ein anderer prominenter "Partisan", Abwehrchef General Grzegorz KORCZYNSKI, wahrscheinlich bald erkannt. Im Gegensatz zu MOCZAR gilt er als kluger Kopf. Wahrscheinlich unter seinem Einfluß wurde zum Rückzug geblasen. Ziel dieser Mässigung war, die Fronten zu verkürzen und sich auf einen Gegner zu konzentrieren: Zielscheibe aller Angriffe wurde der einzige Jude im Politbüro, der Chefideologe der Partei, Roman ZAMBROWSKI.

ZAMBROWSKI galt niemals als ein Liberaler, ganz im Gegenteil, er war in der stalinistischen Periode und auch nach dem Oktober 1956 einer der ausgeprägtesten Scharfmacher. In dieser Hinsicht unterscheidet er sich wenig von den "Partisanen". Wenn sie ihn dennoch angreifen, beweist das nur, daß unter den polnischen Kommunisten nicht ein Kampf der Programme, sondern ein Machtkampf entbrannt ist, bei dem programmatische Fragen eine untergeordnete Rolle spielen.

Die Politik ist reich an Widersprüchen. Unter dem Trommelfeuer der "Partisanen"-Propaganda näherten sich dem Exstalinisten ZAMBROWSKI manche Kräfte aus den Kreisen der Intellektuellen, die eine ausgesprochen liberale Haltung einnehmen. Hier bewahrheitet sich wohl der Spruch, daß "Feinde unserer Feinde unsere Freunde sind". Diese Liberalen, die man sonst im Parteijargon als "Revisionisten" beschimpft, waren niemals stramm organisiert und bildeten keine eigentliche "Fraktion". Unter den Schlägen, die sie nach dem Oktober 1956 trafen, schworen sie meistens ihren "Fehlern" formal ab. Obwohl zerstreut, sind sie noch eine einflußreiche Kraft, weil sie eine Anzahl von Schlüsselpositionen in Presse, Rundfunk, Fernsehen usw. besetzt halten. Weil die "Partisanen" sie von ihren Plätzen verdrängen wollen, sucht ein großer Teil von ihnen verständlicherweise Schutz bei den gut organisierten ZAMBROWSKI-Leuten. Das gibt der ganzen ZAMBROWSKI-Gruppe unerwartet einen viel liberalen Charakter als bisher.

Die letzten Monate brachten wieder eine Belebung der "Partisanen"-Vorstöße auf einer "verkürzten Front". Ihre Angriffe richteten sich diesmal hauptsächlich gegen echte ZAMBROWSKI-Leute und die mit ihnen verbündeten Intellektuellen, die vor allem im Nachrichtenwesen tätig sind. Auf das Betreiben der "Partisanen" wird z.B. die Neubesetzung der wichtigsten Stellen in der Programmdirektion des polnischen Fernsehens zurückgeführt.

Entfernt wurden merkwürdigerweise nur Funktionäre, die jüdischer Abstammung sind. Ein beliebter Fernsehkommentator mußte übrigens unter dem Druck der Öffentlichkeit gleich wieder eingestellt werden.

Die Presse ist den "Partisanen" seit langem ein Dorn im Auge. Dem Posten des Chefredakteurs der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" hat nämlich der wichtigste Mitarbeiter ZAMBROWSKI, Leon KASMAN, inne. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß dieser Altkommunist genau vor 6 Jahren die Leitung der Redaktion von dem jetzigen Parteisekretär in Breslau, Wladyslaw MATWIN, übernahm, der gegenüber dem "Treiben der Revisionisten" in der Zeitung allzu tolerant gewesen war. KASMAN führte damals eine Säuberung der Redaktion durch und brachte das Parteiblatt auf die gewünschte Linie. Wenn er heute Verbündete gegen die ihn bedrohenden "Partisanen" suchen wollte, müßte er sich wohl in erster Linie an diejenigen wenden, die er damals bekämpft hat.

Die "Partisanen" können heutzutage nicht mit dem Vorwurf kommen, die Presse in Polen sei immer noch "revisionistisch". Zahlreiche ehemals "zornige Männer" haben sich längst dem Druck der Partei gebeugt und schreiben nur das, was ihnen befohlen wird. Was sie wirklich denken, weiß niemand, sie halten sich jedenfalls an die vorgeschriebene Linie. Das genügt den "Partisanen" augenscheinlich nicht, denn sie bekämpfen die früheren Revisionisten weiter und verfolgen sie. Um ihre Haltung zu begründen, bedienen sie sich eines Slogans, der nicht nur in gewissen Parteikreisen in Polen, sondern auch bei ausländischen Kommunisten zieht: Die Presse in Polen habe sich vieler "Indiskretionen" schuldig gemacht, und Hauptträger dieser Indiskretionen seien natürlich Juden, Liberale, Revisionisten...

In diesem Zusammenhang wird an die Affaire des Journalisten HOLLAND erinnert, der, eines angeblichen Geheimverrates bezichtigt, von Organen der militärischen Staatsanwaltschaft einem dermaßen "wirksamen" Kreuzverhör unterzogen

wurde, daß er Selbstmord beging. Sein Begräbnis vor zwei Jahren war in Warschau zu einer Demonstration geworden.

Hand in Hand mit den "Partisanen" geht im Kampf gegen die Presse ein Mann, dessen Name unter den polnischen Intellektuellen einen besonders berüchtigten Klang hat: Kazimierz WITASZEWSKI. Dieser eifrige stalinistische Funktionär brachte es vor dem Oktober 1956 zum Leiter der politischen Abteilung der polnischen Streitkräfte. Während des Oktoberumschwungs war WITASZEWSKI sehr aktiv, allerdings nicht unter den Befürwortern des polnischen Oktobers. Er lief durch die Parteiversammlungen seiner Heimatstadt Lodz (er stammt selbst aus einer Textilarbeiterfamilie) und versuchte, die Arbeiter gegen die Parteiintellektuellen aufzuhetzen. Er wird noch heute in Polen "gazrurka" genannt, weil er öffentlich drohte, mit einem Bleirohr in der Hand gegen "Juden und andere" vorzugehen, die einen Verrat an der Partei verüben wollen.

Gleich nach dem Umschwung wurde er als Politchef der Streitkräfte abgesetzt und als Militärattaché nach Prag strafversetzt. Seine Kaltstellung dauerte aber nicht viel länger als zwei Jahre. Entgegen dem ausdrücklichen Willen zahlreicher prominenter Funktionäre der Partei holte ihn GOMULKA wieder nach Warschau, brachte ihn in das ZK und machte ihn zum Leiter der wichtigen Abteilung für Verwaltung beim Zentralkomitee. Der Zuständigkeit dieser Abteilung unterliegen alle Fragen der Streitkräfte, Polizei, Sicherheitspolizei und scheinbar auch vieles andere. Bei einer Besprechung über den Entwurf für ein neues Strafgesetzbuch in Polen führte er z.B. das Wort. Er erscheint als Vertreter der Partei beim Kongreß der polnischen Juristen, er fährt nach Moskau, um mit CHRUSCHTSCHOW zu konferieren, und empfängt dann in Warschau den sowjetischen Gesundheitsminister.

Vor wenigen Wochen trat WITASZEWSKI mit einer "Warnung" an namentlich nicht genannte Journalisten hervor, denen er "Geschwätzigkeit, Indiskretion und Geheimnisverrat" vorwarf. Er erwähnte dabei als warnendes Beispiel den Fall

BURGIN. Julius BURGIN, Altkommunist jüdischer Herkunft und Freund ZAMBROWSKIS, wurde vor kurzer Zeit als Leiter des größten Parteiverlages "Ksiazka i Wiedza" abgesetzt. Man hatte ihm vorgeworfen, der ausländischen Presse Material über die Tätigkeit der "Partisanengruppe" zugespielt zu haben.

Opfer dieser antijüdischen Verfolgungswut aber werden auch Menschen, die mit Politik ganz und gar nichts zu tun haben, gegen die man wirklich nichts weiter als ihre Herkunft vorbringen kann. Rafal GLÜCKSMANN war seit Jahren Chefredakteur eines bekannten Kunstverlages. Sein von allen anerkanntes Verdienst war die Herausgabe von herrlichen Bildbänden, die polnische Kunst im In- und Ausland propagierten. Dieser für die polnische Kunst so verdiente Mann wurde durch gezielte Drohungen und Pressionsmaßnahmen der "Partisanen" so zur Verzweiflung getrieben, daß er Selbstmord beging. Vorher schickte der Kommunist GLÜCKSMANN der Regierung alle seine Orden und Auszeichnungen mit 30.000 Zloty und einem Brief zurück. Er wünschte darin, man solle ihm kein Staatsbegräbnis geben, sondern ihn für sein eigenes Geld auf einem jüdischen Friedhof bestatten.

Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß die "Partisanen" in letzter Zeit auf die Bekämpfung der ehemaligen Sozialdemokraten in der Partei verzichtet haben. Die klügeren Taktiker unter den Partisanen haben sich offenbar gesagt, daß Ministerpräsident CYRANKIEWICZ und seine Freunde noch zu mächtig seien, um jetzt schon kaltgestellt zu werden. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Partisanen ihren Kampf gegen CYRANKIEWICZ und seine Leute völlig eingestellt haben. Er ist nur hintergründiger geworden.

Ein Beispiel dafür wurde erkennbar, als die tiefe Unzufriedenheit der schlechtbezahlten Menschen gegen die immer neuen Preiserhöhungen zum Ausbruch kam.

In politischen Kreisen Warschaus spricht man die Vermutung aus, daß die Demonstrationen gegen die steigenden Lebenshaltungskosten, die Warschau in Atem halten, vielleicht nicht ganz zufällig mit dem Besuch des mexikanischen Staatspräsidenten zusammenfielen. Hier sollte vor den Augen der ausländischen Gäste die Unfähigkeit der Regierung auf krasse Weise demonstriert werden.

Von einem Stillstand der Kämpfe innerhalb der Partei kann in letzter Zeit keine Rede sein. Man kann auch schwerlich mit einigen ausländischen Beobachtern übereinstimmen, die der Meinung sind, daß das Ausmaß der Differenzen zwischen den einzelnen Gruppen und Fraktionen in der Partei stark übertrieben werde. Völlig unklar sind dagegen die Gründe, warum GOMULKA weiterhin scheinbar nichts unternimmt, um diesen Kämpfen ein Ende zu bereiten. Wo keine Gewißheit herrscht, entstehen Gerüchte und Spekulationen. Eine der interessantesten unter ihnen ist die Behauptung, daß der ZK-Sekretär und einflußreiche Gönner der "Partisanen", Ryszard STRZELECKI, schon seit vielen Jahren in einem sehr engen freundschaftlichen Verhältnis zu GOMULKA stehen soll. Als GOMULKAs Sohn (heute Major der Armee) noch zur Schule ging, ließ ihn der Vater unter einem anderen Namen auftreten, damit der Junge von Lehrern und Mitschülern nicht bevorzugt behandelt würde. Der Name, den der junge GOMULKA damals nach außen hin trug, soll "STRZELECKI" gelautet haben. Diese Gemeinsamkeit ließe natürlich etliche Rückschlüsse zu.

2) Reisen des Ministerpräsidenten

Der Chef der polnischen Regierung, Jozef CYRANKIEWICZ, schaltete sich in den letzten Wochen sehr aktiv in die Außenpolitik ein. Er empfing zahlreiche ausländische Gäste und begab sich auf Auslandsreisen. Gleich zu Beginn des Monats März bekam Polen den Besuch des Laotischen Monarchen und seines Ministerpräsidenten. Kaum war diese Visite zu Ende, trat der polnische Premier seine erste Amerikareise an.

als der mexikanische Präsident A. Lopes MATEOS den Wunsch äußerte, während seiner Europa-Reise auch Polen zu besuchen, arrangierte man schnell aus protokollarischen Gründen noch vorher eine Reise des polnischen Regierungschefs nach Amerika. Als blockfreier Staat ist Mexico für Warschau besonders interessant, außerdem wollte man die Gelegenheit ergreifen, um bisher kaum vorhandene Handelsbeziehungen zu entwickeln.

Politische Kontakte mit lateinamerikanischen Ländern auf Regierungsebene werden in Warschau eigentlich erst seit kurzem gepflegt. Bis jetzt gab es nur einen RAPACKI-Besuch in Brasilien (Oktober 1961), der Antwort auf eine frühere Visite des damaligen brasilianischen Außenminister DANTAS in Warschau war. CYRANKIEWICZs Reise nach Mexico war der zweite Versuch einer Intensivierung der Beziehungen. Große Politik wurde dabei bewußt nur am Rande gemacht. Die Bemühungen Warschaus um die Schaffung einer festen Position in diesem Teil der Welt dürfen aber nicht übersehen werden. Im gemeinsamen Kommuniqué betonten die Regierungschefs beider Staaten "Annäherung" ihrer Ansichten über viele außenpolitische Fragen und Übereinstimmung darüber, daß die "Bildung atomfreier Zonen in verschiedenen Teilen der Welt eine allgemeine und vollständige Abrüstung erleichtern würde".

Auf dem Rückflug nach Europa hielt sich CYRANKIEWICZ einen Tag als Gast des UN-Sekretärs U TANT in New York auf. Auf einer Pressekonferenz erklärte er, daß das Ausbleiben einer formellen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze für gewisse Kreise in der Bundesrepublik, die von Revanche träumen, ein günstiger Nährboden ist.

"Der Mangel an Stabilität bildet keinen günstigen Ausgangspunkt für die Normalisierung der internationalen Beziehungen," meinte der Premier. "Als ein Volk, das von den Grausamkeiten des Krieges so schwer betroffen wurde, haben wir das volle Recht, eine formelle und nicht nur eine faktische Anerkennung unserer Oder-Neiße-Grenze zu verlangen."

Einer der Presseleute wollte wissen, warum Polen einer Anerkennung seiner Westgrenze durch die Bundesrepublik so große Bedeutung beimißt, da doch keine gemeinsame Grenze mit Polen besteht.

"Das stimmt", antwortete CYRANKIEWICZ, "wir haben keine gemeinsame Grenze mit der Bundesrepublik, und ich muß zugeben, daß wir darüber sehr zufrieden sind. Aber es geht nicht darum. Gewisse militaristische und revanchistische Kreise planen doch, die DDR, mit der wir verbunden sind und die unsere Grenze anerkannt hat, zu verschlucken. Ein Teil der Menschen in der Bundesrepublik, und zwar jene, die von Atomwaffen schwärmen und Revisionismus verkünden, nähren sich mit dieser Hoffnung. Gewiß gibt es in der Bundesrepublik weite Kreise, die sich wünschen, daß das deutsche Volk ein neues Leben beginnt und die Nachbarn zu bedrohen aufhört. Dies tat es nämlich während der letzten Jahrzehnte, was zwei Weltkriege verursacht hat. Es gibt aber auch revisionistische und militaristische Kreise, die den Gedanken an Revanche nie aufgegeben haben. In der Zeit der heutigen technischen Entwicklung ist nicht nur unmittelbare Nachbarschaft Voraussetzung für eine Bedrohung. Das Nichtvorhandensein einer gemeinsamen Grenze mit der Bundesrepublik befreit uns also nicht von der Pflicht einer realistischen Einschätzung der europäischen Lage."

Auf die heikle Frage nach der polnischen Haltung zum chinesisch-indischen Grenzkonflikt antwortete CYRANKIEWICZ:

"Wir sind für die friedliche Lösung aller bestehenden Differenzen und ich bin überzeugt, daß eine solche Lösung gefunden wird. Eine solche Haltung ergibt sich aus unserer Freundschaft sowohl gegenüber dem chinesischen als auch dem indischen Volke. Dagegen erfüllt uns polnische Kommunisten die Tatsache mit Unruhe, daß kürzlich gewisse Gruppen des indischen Volkes Gegenstand von Repressalien waren. Ich nehme an, diese Versuche werden von gewissen Kreisen unternommen, die Indien vom Wege des Neutralismus abbringen möchten, was aber eine friedliche Lösung des Grenzkonfliktes nicht erleichtern würde."

Einiges Aufsehen verursachte die Tatsache, daß CYRANKIEWICZ auf dem Rückwege nach Polen noch in Italien Station machte. Es war kein offizieller Besuch, aber der polnische Regierungschef wurde vom italienischen Staatspräsidenten

SEJNI empfangen, konferierte mit dem Ministerpräsidenten FANFANI und Außenminister PICCIONI. Er blieb drei Tage in Italien und fand auch Zeit, um den Süden des Landes zu besuchen. Über das Ergebnis dieser Gespräche zeigten sich die Beteiligten zufrieden. Wenige Tage später, als CYRANKIEWICZ dem polnischen Parlament berichtete, sagte er:

"Wie die Gespräche mit Ministerpräsidenten FANFANI und anderen Politikern zeigten, gibt es in der Haltung Polens und Italiens Annäherungspunkte, obwohl beide Länder verschiedenen politischen Gruppierungen angehören."

CYRANKIEWICZs Abstecher nach Italien verdient zweifellos besondere Aufmerksamkeit. Warschau und Rom haben in den letzten Jahren oft bewiesen, daß sie an einer Annäherung interessiert sind. Warschau identifiziert sich in auffallender Weise mit den nationalen Ansprüchen Italiens (z.B. in der Südtirolfrage). Der Warenaustausch zwischen beiden Ländern entwickelt sich überraschend schnell.

3) "Freundschaftsbesuche" Polen-DDR

Das Wiederauftauchen der lange Jahre eisigen Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetzone manifestiert sich unter anderem durch immer häufigere gegenseitige Besuche der Partei- und Regierungsspitze. Mitte März besuchte eine SED-Delegation, an ihrer Spitze die Mitglieder des Politbüros Gerhard Grüneberg und Erich Mückenberger, die polnische Hauptstadt. Sie konferierten mit Zenon KLISZKO. Warschau berichtete später von der herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre der Gespräche, die "engere Zusammenarbeit zwischen beiden Bruderparteien" zum Zwecke gehabt hätten.

Gegen Ende des Monats kam eine Abordnung der polnischen Streitkräfte unter Verteidigungsminister und Politbüromitglied Marian SPYCHALSKI nach Berlin.

In seiner Rede vor einer Massenversammlung in Berlin äußerte SPYCHALSKI die Überzeugung, daß "Jahr für Jahr die Freundschaft zwischen den Völkern Polens und der DDR wachsen und die brüderliche Zusammenarbeit unserer Streitkräfte sich weiter vertiefen wird.

SPYCHALSKIs Besuch ist als Antwort auf die vorjährige Visite von "DDR"-Verteidigungsminister Heinz HOFFMANN zu deuten. Damals soll die Initiative von der "Partisanengruppe" in Polen ausgegangen sein. Die heutigen Generale HOFFMANN und KORCZYNSKI sind alte Kameraden aus der Internationalen Brigade in Spanien.

In politischen Kreisen Warschaus spricht man davon, daß Parteichef GOMULKA ein eifriger Befürworter einer engeren Zusammenarbeit der Armeen des Warschauer Paktes ist. GOMULKA soll schon oft die Ansicht geäußert haben, daß menschliche Annäherung und fachliche Koordinierung der Ostblockarmeen zumindest den gleichen Stand wie bei den Nato-Streitkräften erreichen müßten.

II. WIRTSCHAFT

1) Handelsabkommen Bonn-Warschau

Die Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Handelsabkommens am 7. März in Warschau quittierte die polnische Presse zunächst mit einer kurzen informativischen Notiz, die mit der Feststellung endete, daß die Verhandlungen in der Atmosphäre "des gegenseitigen Verständnisses und mit dem Wunsch, eine Basis für weitere Entwicklung der Handelsbeziehungen zu schaffen", geführt wurden.

Erst sechs Tage später, am 13. März, erschien in der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" eine längere Stellungnahme, zu dem wohl mehr als nur handelswirtschaftlichen Ereignis:

"Seit 1955 haben wir mehrmals unserem Wunsch nach einer Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik auf allen Gebieten Ausdruck gegeben. Unsere konstruktiven Bemühungen hatten bisher leider keinen richtigen Anklang auf der anderen Seite gefunden. Mit einer gewissen Befriedigung stellen wir jetzt fest, daß während der letzten Handelsgespräche die westdeutsche Regierungsdelegation eine realistischere Haltung eingenommen hat. Das ermöglichte eine für beide Seiten vorteilhafte Verständigung in der Frage der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen...

Diese Beziehungen basierten bis jetzt auf einem Protokoll vom 16. 12. 56, das mehrmals verlängert wurde. Obwohl diese Basis zu eng war, entwickelte sich der Handelsaustausch zwischen Polen und der Bundesrepublik relativ gut. Wir exportierten vor allem Agrarprodukte und Lebensmittel sowie Rohstoffe und Halbfabrikate. Aus der Bundesrepublik führten wir hauptsächlich Maschinen und Fabrikeinrichtungen sowie auch notwendige Rohstoffe und sonstige Fertigfabrikate ein...

Das Abkommen vom 7. März sieht eine bedeutende Erhöhung der Umsätze vor. Unser Export soll die Summe von 468 Mio DM, unser Import 390 Mio DM betragen. Auch die Warenliste wird erweitert. Das Positive dabei ist, daß wir jetzt mehr industrielle Erzeugnisse ausführen können.

Der Export unserer Industrieerzeugnisse soll den Wert von 208 Mio DM erreichen, was eine Erhöhung um 70-80 MIO DM bedeutet...

Das jetzige Abkommen soll für drei Jahre gelten und kann verlängert werden. Das ermöglicht eine größere Stabilisierung der Umsätze, die für beide Seiten vorteilhaft ist."

Der weitere Teil des Kommentars der "Trybuna Ludu" wird den politischen Aspekten der deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet:

"Wir halten es im Augenblick nicht für unsere Aufgabe, die westdeutschen Überlegungen zu analysieren, ob und inwieweit das jetzt unterzeichnete Abkommen sowie die vorausgesehene Errichtung einer Handelsvertretung in den Rahmen gewisser politischer Doktrinen Bonns, die wir immer als anachronistisch und nicht realistisch betrachteten, passen. Die Bedeutung des Handelsabkommens sehen wir darin, daß es einen wichtigen Teil der Beziehungen zwischen den beiden Staaten regelt und daß es in dieser Hinsicht dem Wunsch nach einer Normalisierung und Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen Genüge tut. Diese Angelegenheit ist allein wichtig genug, und es ist keineswegs Aufgabe eines Handelsabkommens, andere Angelegenheiten zu regeln....

Wenn wir 'andere Angelegenheiten' sagen, so meinen wir damit insbesondere die Frage der konsularischen und diplomatischen Beziehungen. In dieser Frage bleibt das, was die Leitung der polnischen Politik oft festgestellt hat, voll gültig: Die Bedingung einer vollen Normalisierung der Beziehungen und des Austausches der diplomatischen Vertretungen ist eine Anerkennung der bestehenden Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik. Eine solche Anerkennung liegt sehr im Interesse der Stabilität des Friedens in Europa...

Wir stehen fest auf dem Boden der Wirklichkeit, in der zwei deutsche Staaten bestehen. Wir sind mit der DDR durch brüderliche Allianz
+ und eine enge, freundschaftliche Zusammenarbeit in allen Lebensfragen
+ verbunden. Diese Zusammenarbeit werden wir weiter entwickeln und
+ festigen. Dies ist einer der wesentlichsten Elemente unserer ganzen
Politik."

Diese Feststellung des parteiamtlichen Blattes waren wohl die stärkste Unterstreichung der Wendung, die in den Beziehungen zwischen Warschau und Pankow seit dem vorjährigen Besuch GOMULKAS bei ULBRICHT eingetreten ist. Daß dies in Zusammenhang mit der Unterzeichnung eines Handelsabkommens mit Bonn geschah, läßt nur vermuten, daß Warschau sich genötigt sah, einige Befürchtungen Pankows zu zerstreuen.

Am Ende des Artikels von "Trybuna Ludu" wird ein deutlich optimistischer Ton angeschlagen:

'Die Unterzeichnung des Abkommens und Bildung einer bundesrepublikanischen Handelsvertretung in Polen "hat einen positiven Anklang in vielen Ländern gefunden. Auch in der Bundesrepublik wurde das positiv beurteilt. Das bestätigt die Tatsache, daß das Wirtschaftsabkommen zwischen Polen und der Bundesrepublik einen Schritt zur Normalisierung und Stabilisierung der friedlichen Verhältnisse in Europa ist."

Premier CYRANKIEWICZ wurde während der Pressekonferenz im UNO-Gebäude auch nach dem deutsch-polnischen Handelsabkommen gefragt. Seine Antwort lautete:

"Wir sind froh, ein Abkommen unterzeichnet zu haben, daß die schon seit langem bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern erweitert. Wenn die Regierung der Bundesrepublik nach diesem Schritt weitere auf politischer Ebene unternehmen würde, ich denke hier an die Anerkennung der polnischen Oder-Neiße-Grenze, so würde die polnische Regierung das sehr begrüßen und es für eine volle Normalisierung der beiderseitigen Verhältnisse halten."

2) Höhere Preise - gleiche Löhne

Eine undankbare Aufgabe nahm Polens Ministerpräsident CYRANKIEWICZ auf sich, als er die Rednertribüne des polnischen Parlaments betrat, um eine Erhöhung der Preise für Kohle, Strom und Gas zu verkünden und zu begründen. Die Verbraucher müssen jetzt damit rechnen, daß sie in Zukunft das doppelte bezahlen müssen, damit ihre Wohnungen warm und hell sind.

In Abwesenheit des Parteichefs GOMULKA, der sich gerade in der Tatra erholte und dort seinen tschechoslowakischen Kollegen NOVOTNY traf, nahm CYRANKIEWICZ die schwere Bürde auf sich, die unbeliebte Maßnahme der Regierung vor der Bevölkerung des Landes zu vertreten.

Der außergewöhnlich strenge Winter dieses Jahres hat neben anderen katastrophalen Auswirkungen auch die Energiewirtschaft des Landes völlig durcheinander gebracht. Die Kumpel mußten in den Kohlegruben an Sonntagen Sonderschichten vorfahren, damit das Brennstoffdefizit etwas gemildert wurde. Einschneidende Maßnahmen zur Einschränkung des Verbrauchs von Kohle, Strom und Gas mußten ergriffen werden.

Mit Recht berief sich die Regierung Volkspolens auf die Tatsache, daß die Preise, die die Bevölkerung für die jetzt verteuerten Energiestoffe zahlte, nicht einmal ausreichten, um die Eigenkosten zu decken. CYRANKIEWICZ erklärte, daß der Staat zu jeder Tonne Kohle, für die die Bevölkerung 250 Zloty zahlte, nicht weniger als 165 Zloty zuzahlen mußte (jetziger Preis 500 Zloty). Nicht anders sah es mit den Preisen für Strom und Gas aus.

Wer so billig kauft, fühlt sich nicht genötigt zu sparen. Ob die Gasflamme oder Glühbirne unnötig brennt, ob mehr Kohle als notwendig verheizt wird, das spielte bei den niedrigen Preisen für die meisten Polen keine Rolle, meinte der Regierungssprecher. Wenn Menschen Strom, Gas und Kohle sparen sollen, so müsse der Preis für die Artikel real sein.

Die durch Preissteigerung erzielten Einnahmen werden der Staatskasse ca. 2,8 Milliarden Zloty bringen. Der Staat wolle aber aus der Preissteigerung kein Geschäft machen, meinte der Premier, sondern werde die Bevölkerung auf andere Weise entschädigen. Sämtliche Lohnsteuerzahler würden bald in den Genuß einer Steuersenkung kommen, anderen sollen gewisse Pauschalsummen

ausgezahlt werden. Im Endergebnis werde der Staat an Steuerverzicht und Entschädigungsgeldern mehr zahlen, als er durch die Preiserhöhungen einnehme, und zwar 3,1 Milliarden Zloty. Dies beweise, daß der Sinn nicht in einer Geldabschöpfung liege, sondern die Verbraucher von übermäßiger Verschwendung wichtiger Energien zurückhalten solle.

Die Bevölkerung wollte aber offensichtlich nicht recht daran glauben, daß der Staat den Wohltäter spielt. In Warschau gingen Tausende auf die Straße und demonstrierten vor dem Gebäude des ZK der Partei. In der Hauptsache beteiligten sich an den Demonstrationen jene Gruppen, die am schwersten arbeiten müssen und am schlechtesten bezahlt werden: Krankenschwestern und -pflegerinnen, Beschäftigte der Konsumgüterindustrie, Frauen usw., Angestellte des Gesundheitswesens.

Die Reaktion der Bevölkerung spiegelt exakt eine bekannte Tatsache wider: Der Mann auf der Straße traut dem kommunistischen Staate und seinen Versprechungen nicht. Für diese Menschen steht nur eines fest, daß sie jetzt tiefer in die Tasche greifen müssen, um Dinge zu bezahlen, auf die sie nicht verzichten können. Daß aber ihre Löhne durch eine Steuersenkung etwas höher ausfallen können als bis jetzt, steht für sie keineswegs fest. Der Staat hat schon so vieles manipuliert... Die permanente Vertrauenskrise zwischen Bürger und Staat scheint jetzt wieder einen neuen Tiefstand erreicht zu haben.

3) Staatsfarmen - Musterfarmen

Am 1. März beendete das XII. Plenum des Zentralkomitees der PZPR seine Beratungen über Landwirtschaftsfragen. Hauptthemen waren Erhöhung der Investitionen in der Landwirtschaft und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Neben ZK-Mitgliedern nahmen an der Sitzung auch zahlreiche Agrarfunktionäre teil.

Neben dem XI. Plenum des ZK, das im Dezember 1962 stattfand und Problemen des Hochschulwesens gewidmet war (auch an diesem Plenum nahmen eingeladene Fachleute teil), wird die letzte Sitzung des ZK ebenfalls als "Ersatz-Plenum" bezeichnet. Gemeint ist damit die Tatsache, daß schon seit vielen Monaten keine ordentliche, politischen Fragen gewidmete Vollsitzung mehr stattgefunden hat, obwohl die wirtschaftliche Lage des Landes und die interne Situation in der Partei eine grundsätzliche Diskussion wohl ausreichend rechtfertigen würde. Parteichef GOMULKA meidet seit dem letzten Sommer konsequent eine Aussprache über die für die Partei lebenswichtigen Fragen, die sich mit der Zeit anhäuferten. Er tut das wohl aus Furcht davor, daß die bestehenden Differenzen durch ein Zusammenprallen der Meinungen noch unüberbrückbarer werden könnten, als sie es ohnehin schon sind. Einen besseren Beweis für das Vorhandensein einer tiefen Parteikrise kann es kaum geben.

Während des XII. Plenums ergriff Parteichef GOMULKA nur einmal das Wort und zwar am Ende der Diskussion. Bezeichnenderweise und entgegen den bisherigen Gepflogenheiten brachte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" seine Rede nur in verkürzter Form. Einige Passagen der Rede, die durch Rundfunk übertragen wurde, wurden ausgelassen. Auf diese Tatsache werden wir noch zurückkommen.

"Die Partei schenkt den landwirtschaftlichen Problemen deswegen so viel Aufmerksamkeit" - begannen seine Ausführungen - "weil dieser sehr wichtige Zweig der Volkswirtschaft ein besonders schwaches Glied in der Kette darstellt. Jede Erschütterung der Landwirtschaft wirkt sich auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung aus. Darum muß die Landwirtschaft hauptsächlich durch Erhöhung der Investitionen gestärkt werden..."

Trotzdem die Investitionen in der Landwirtschaft ständig anwachsen, sind die Mittel, die wir für diesen Zweck bestimmen, immer noch nicht ausreichend. Die zusätzlichen 9-10 Milliarden Zloty, die unsere Landwirtschaft in den Jahren 1963-65 bekommen soll, können die Situation nur unwesentlich verbessern: Das XII. Plenum beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Problem, diese zusätzlichen Mittel in einer Weise zu verwenden, die erstens größte wirtschaftliche Wirkung erzielt und zweitens zur Stärkung des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft beiträgt. Die Schlußfolgerung ist,

- + daß wir unsere Hauptaufmerksamkeit den Staatsfarmen widmen müssen...
- + Wir stellen hier kein Programm einer Umgestaltung der Landwirtschaft im allgemeinen auf, weil die Voraussetzungen dafür noch fehlen.
- + Es scheint, eine sozialistische Umgestaltung unserer Landwirtschaft würde schwierig sein, ohne die Staatsfarmen auf ein entsprechendes
- + Niveau zu stellen."

In der Rundfunkübertragung dieser Rede befand sich zwischen beiden oben zitierten Sätzen noch ein dritter, der lautete:

"Wir treten vor dieses Plenum mit keinem Programm, das über das Jahr 1965 hinausschreitet, weil sich diese Sachen erst im vorbereitendem Stadium befinden."

Diese Feststellung GOMULKAS ist ebenso interessant wie die Tatsache, daß sie in der Presse ausgelassen wurde. Man erwägt also eingreifende Schritte zur "Umgestaltung" der Landwirtschaft schon nach dem Ablauf des gegenwärtigen Fünfjahrplanes! Gleichzeitig befürchtet man, daß die Andeutung dieser Möglichkeit durch GOMULKA sich für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion ungünstig auswirken könnte. Darum die Kürzung der Rede.

Wie soll nun diese "Umgestaltung" der Landwirtschaft in Polen aussehen? Nach allem, was man bisher aus gut informierten Kreisen gehört hat, läßt sich schon heute mit hohem Wahrscheinlichkeitsgrad behaupten, daß der Weg über die Kollektivierung nicht erwogen wird. Die Zahl der polnischen Kolchosen bröckelt dauernd ab, sie spielen in der gesamten Landwirtschaft eine

unbedeutende Rolle, und die Regierung unternimmt keine wirklich ernsten Schritte, um diesen Verfall aufzuhalten.

Als andere Möglichkeit bleibt nur die Forcierung der Staatsfarmen, die in einer "sozialistisch umgestalteten" Landwirtschaft Polens die Hauptrolle spielen würden. Die Bestimmung aller zusätzlichen Investitionsmittel für diese Farmen bestätigt diese Annahme.

Die Staatsfarmen bewirtschaften jetzt 12 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Aus Fachzeitschriften für Statistik, die von der breiten Öffentlichkeit verständlicherweise nicht gelesen werden, geht hervor, daß die Nutzfläche der Staatsfarmen sich in den letzten 18 Monaten um ca. 300.00 ha vergrößert hat. Dies geschah durch Übernahme der verschuldeten und verwirtschafteten Höfe von Einzelbauern. Ein Gesetz, das die Übernahme dieser Wirtschaften durch den Staat vorsieht, trat schon vor einiger Zeit in Kraft. Die Tendenz, solche Bauernhöfe den Staatsfarmen zuzuschanken, ist sehr viel-sagend.

Die Bauernzirkel, die man vor einigen Jahren mit großem propagandistischen Aufwand ins Leben rief, werden in letzter Zeit weniger erwähnt. Sie sollen ihre Funktion einer "Elementarschule des Sozialismus" weiter erfüllen, aber die Hauptaufmerksamkeit wird den Staatsfarmen gewidmet. Bauernzirkel sind ohnehin nur als Übergangsform gedacht. Das Endziel ist Verstaatlichung des Bodens.

"Wir haben genug Mittel", meinte GOMULKA in seiner Schlußrede, "um während der nächsten Jahre das wirtschaftliche Niveau aller Staatsfarmen so wesentlich zu heben, daß jede Staatsfarm eine Musterfarm wird."